

NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007,
15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters
Heinz Fenrich

ÖFFENTLICHE SITZUNG

10.

**Punkt 7 der Tagesordnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Fettweis-
straße 65, Rheinhafen-Dampfkraftwerk", Karlsruhe-Daxlanden:
Einleitungs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches**

**Punkt 8 der Tagesordnung: Durchführung des Bundesimmissionsschutzge-
setzes (BImSchG) - Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Gas- und Dampf-
turbinenanlage sowie Teilerrichtung eines weiteren Steinkohleblocks durch
die EnBW Kraftwerke AG auf dem Gelände des Rheinhafen-Dampfkraftwerks
Karlsruhe (RDK):**

**Stellungnahme der Stadt Karlsruhe als Gebietskörperschaft zu diesem Verfah-
ren**

Der Vorsitzende ruft die beiden Tagesordnungspunkte 7 und 8 gemeinsam zur Be-
handlung auf und verweist auf die Vorlagen Nr. 1052 und Nr. 1053. Letztere sei im
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorberaten worden. Er erteilt zur Erläuterung
Herrn Dr. Ringler das Wort.

Herr Dr. Ringler (mit Beamer-Unterstützung): Ich darf kurz Ausführungen zum Ta-
gesordnungspunkt 7 machen, zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Fettweis-
straße 65, Rheinhafen-Dampfkraftwerk".

Die Angelegenheit ist mehrmals in gemeinderätlichen Gremien, im Planungsaus-
schuss und im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, beraten worden bzw. es gab

dort Informationen, insgesamt 6-mal, mit der Beschlussfassung bzw. Empfehlung, das Verfahren weiterzuführen. Es geht um die Erweiterung des Rheinhafendampfkraftwerks.

(Er zeigt den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und weist darauf hin, dass im Flächennutzungsplan diese Fläche schon immer als Fläche für eine Kraftwerksnutzung vorgesehen war.)

Es geht einmal um einen Kraftwerksblock, RDK 8 genannt, mit 800 MW Leistung und zum anderen um einen GUD-Block mit 400 MW Leistung. Der RDK-8-Block ist Gegenstand des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, während der GUD-Block Gegenstand des normalen Bebauungsplanverfahrens ist. Es gibt für diesen Bereich ein Planungs- und ein Baurecht durch einen einfachen Bebauungsplan, nämlich den Bebauungsplan "Nutzungsartfestsetzung". Wie Sie wissen, werden Bauvorhaben dabei im Zusammenhang mit § 34 des Baugesetzbuches beurteilt, mit Bauen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile, was hier auch möglich wäre, wenn nicht die baulichen Anlagen Dimensionen erreichen, die diesen Zusammenhang bebauter Ortsteile nicht mehr zulassen. Theoretisch wäre es machbar, nach § 34 Baugesetzbuch zu genehmigen, wenn es eine Kraftwerkstechnik gäbe, die sozusagen sehr niedrige Gebäude und Bauwerke möglich macht.

Das Kesselhaus, das hier entstehen soll, hat eine Höhe von 120 - 130 m.

(Er zeigt es auf der ausgefahrenen Leinwand.)

Des Weiteren geht es um einen Durchlaufkühler, der nach diesem Verfahren nur eine Höhe von 80 m erreichen wird. Sie wissen, es gab verschiedene Varianten mit Kühltürmen, die ein wesentlich größeres Ausmaß erreicht hätten. Beispielsweise hätte der Naturzug-Nasskühlturm eine Höhe von 160 - 180 m gehabt. Dieser Kühlturm wird nur 80 m erreichen, und in diesem Bereich wird auch der GUD-Block entstehen.

Wenn wir Fotosimulationen machen, dann versuchen wir aufzuzeigen, wie sich diese großen Baulichkeiten in die Umgebung einfügen. Die visuelle Auswirkung ist in die-

sem Fall weitaus stärker vom Rheinhafen aus zu beobachten. Deshalb hat der Planungsausschuss bei den Vorstellungen vom Kraftwerksbetreiber verlangt, eine Mehrfachbeauftragung für die architektonische Gestaltung durchzuführen und dieses Industriebauwerk einer Gestaltung zuzuführen, die die Einfügung in die Industrielandschaft gut gelingen lässt.

Wir bitten die öffentliche Auslegung zu beschließen.

Stadträtin Baitinger (SPD): Wir haben hier zum zweiten Mal die Frage des Rheinhafen-Dampfkraftwerkes vor uns sowie eine Ertüchtigung des Blocks 6 als Gas- und Dampfturbinenkraftwerk. Wir haben bereits im Dezember einige allgemeine Ausführungen zur industriepolitischen wie auch zur wirtschaftspolitischen Bedeutung dieses Erweiterungsbaus für die Stadt Karlsruhe gemacht. Ich möchte deshalb darauf verzichten, die Argumente an dieser Stelle zu wiederholen.

Heute legen wir einerseits den vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf und befassen uns andererseits mit der Stellungnahme der Stadt Karlsruhe zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für dieses Bauwerk. Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren selbst ist ein Alleinzuständigkeitsverfahren des Regierungspräsidiums, bei dem die Stadt Karlsruhe als Gebietskörperschaft angehört wird. Wir möchten hier erklären, dass wir beim Verfahrensablauf der Auffassung sind, dass der Gemeinderat als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt das Recht hat, vor dem Satzungsbeschluss oder zumindest parallel zum Satzungsbeschluss die Ergebnisse der Bewertung der immissionsschutzrechtlichen Grundlage dieses Verfahrens des Regierungspräsidiums kennenzulernen. Das Regierungspräsidium ist eine Behörde, die nicht direkt rechenschaftspflichtig ist, wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber aber. Wir werden keinen Satzungsbeschluss fassen können - jedenfalls wir als SPD-Fraktion -, solange wir die Katze im Sack kaufen müssen, d. h., wir wollen, dass das Verfahren verzahnt wird, dass wir die abschließende Bewertung durch das Regierungspräsidium in geeigneter Form mit beurteilen und in den Bebauungsplan einfließen lassen können.

Zum Zweiten werden wir beiden Anträgen heute zustimmen. Sie sind ja notwendig, um das Verfahren überhaupt in Gang zu bringen bzw. in Gang zu halten. Der Vorha-

beträger hat ein gewisses Recht darauf, dass diese Verfahrensschritte durchgeführt werden. Die Öffentlichkeit hat noch mehrfach Gelegenheit hier einbezogen zu werden. Wir hoffen, dass die lebhafte Diskussion weitergeht.

Wir möchten allerdings aussagen, dass einige Argumente, die jetzt und auch direkt vor der Sitzung hier angeführt wurden, zumindest unseriös sind. Unseriös ist es vor allen Dingen, wenn man CO₂- und sonstige Emissionen einfach hochrechnet und so tut, als würde der Strom, der bislang in Karlsruhe verbraucht wurde, nicht aus Kohlekraftwerken gebraucht, die nur woanders stehen. Dieses Sankt-Florians-Prinzip kann insbesondere nicht in der klimapolitischen Frage der CO₂-Emissionen akzeptiert werden, das ist eine absolute unseriöse Politik.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere wird dies klar, wenn man sieht, dass es sich beim umstrittenen Steinkohlekraftwerk keinesfalls um einen Kapazitätzubau handelt, sondern um einen Kapazitätsersatzbau. Bereits im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit wurde gesagt und ist in den Unterlagen ist nachzulesen, dass eine etwas größere Gesamtleistung als die elektrische Bruttoleistung des geplanten Kraftwerks im fossilen Bereich stillgelegt wird, weil die damit befassten Kraftwerksblöcke in Mannheim, in Heilbronn und in einem weiteren baden-württembergischen, sogar nordbadischen Standort dann ans Ende ihrer Lebensdauer gekommen sind. Wer sich mit Energiepolitik in diesem Land beschäftigt, und zwar länger beschäftigt und nicht nur einmal kurzfristig, weil jetzt vor der eigenen Haustür etwas passiert, der weiß schon lange, dass sehr viele Kohlekraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland am Ende ihrer Lebenszeit von 40 - 50 Jahren angelangt sind. Wer bestreitet, dass es dafür einen gewissen Neubaubedarf gibt, der erkennt, in welchem Maße unser Land, unser Industriestandort Deutschland, von einer sicheren und gewährleisteten Stromversorgung abhängt.

(Beifall bei der SPD)

Nicht, dass die SPD irgendetwas dagegen hat - nein, wir fordern auch den Ausstieg aus der Kohle, nur kann der nicht in der gleichen Zeit geschehen wie der Ausstieg

aus der Kernenergie. In bisherigen, auch von vielen Sozialdemokraten - hier herausragend zu nennen: Hermann Scheer - formulierten Büchern und Texten war der Ausstieg bis 2050 geplant. Einen solchen Zeithorizont halte ich, hält meine Fraktion, für machbar, und wenn es schneller geht, umso besser. Dem steht ein Neubau keineswegs im Wege, denn ein Neubau macht es möglich, mit einer modernen Technologie den gleichen Strom zu produzieren, den man sonst alternativ mit einer veralteten Technik produzieren würde, denn von allein werden die bestehenden Kohlekraftwerke nicht stillgelegt und von alleine sinkt auch der Strombedarf nicht. Und noch einmal eine Standortpolitik, die besagt: "Emissionen in Heilbronn sind mir wurscht, bloß nicht in Karlsruhe", ist nicht hinnehmbar. Das streut auch Sand in die Augen der Bürgerinnen und Bürger im doppelten Sinne des Wortes, denn was uns hier belastet, sind ja nicht die Emissionen, was uns hier belastet sind die Immissionen. Die Emissionen sind ein moralisches Problem, sie treffen andere. Wir müssen uns fragen, ob wir das Recht dazu haben. Diese Frage ergibt sich aus der Frage der Notwendigkeit des Kraftwerks. Dazu ist schon genügend gesagt worden, ich will auch nicht wiederholen, was in den Vorlagen steht. Ich denke aber, die Notwendigkeit von Stromerzeugungskapazitäten hat bis zu einem gewissen Grad auch der Bürger in der Hand, nämlich indem er bei seinem eigenen Stromverhalten darauf achtet, sich fortschrittlich und sparsam zu verhalten, energieeffiziente Geräte zu kaufen und bei den Anbietern darauf zu achten, dass sie ökologisch produzierten Strom anbieten. Das kann man ja heute als Verbraucher selber entscheiden. Dann kann man auch schneller aus der Kohle aussteigen, das ist dann auch eine Entscheidung der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Ort. Der mündige Bürger sollte sich nämlich ernstnehmen und nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen.

Nun zum Bebauungsplan einige Anmerkungen: Wir halten es bei einer so großen Anlage für selbstverständlich, dass der Partner EnBW mit der Stadt gemeinsam einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan entwickelt und auch, dass es zu einer Mehrfachbeauftragung von Architekten kommt. In Anbetracht der Baumasse ist dies doch erforderlich. Auch wenn nun ästhetische Urteile kaum objektivierbar sind, so gehört es doch zu den bemerkenswerten Eigenschaften der Zeit, des Zeitgeistes, dass Industrieanlagen, so sie neu erstellt werden, als hässlich gelten. Kaum haben sie aber ein bisschen Zeitpatina angesetzt, wie etwa die IWKA oder der hoch umstrittene Gaskessel auf dem ehemaligen Messegelände, als er abgerissen werden

sollte, so gelten sie als Wahrzeichen und schützenswerte Bauten. Dennoch stehen wir vor dem Neubau, und dieser sollte im Rahmen des Möglichen optimal werden.

Wir wünschen uns auch, dass das Freiflächenkonzept drumherum optimal wird, damit wir hier vielleicht auch mit einem modernen Projekt "Industrie und Grün" bei der Bundesgartenschau teilnehmen können. Denn wir sind ja hier an der Rheinpromenade, und das Problem des Fahrradweges und die insgesamt Durchgängigkeit muss unbedingt im Rahmen dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelöst werden.

(Zuruf: Das fehlt hier noch!)

Wir bitten Sie, dazu vielleicht noch einmal Stellung zu nehmen, ob es wirklich fehlt oder ob die Vorlage hier nur eine ungeeignete visuelle Darstellung des Planes ist.

Wir sind auch sehr glücklich darüber, dass es nun doch nicht zu einem Wahrzeichen Kühlturm in der Nähe von Daxlanden kommt, denn hier waren die Akzeptanzprobleme bei den Bürgerinnen und Bürgern am größten, auch wenn dafür dasselbe gilt wie das, was ich vorhin zur modernen Architektur von Industrieanlagen gesagt habe.

Wir denken, dass dieser Kompromiss zu Lasten der Gewässerökologie dennoch vertretbar ist, weil er insgesamt die Güter Landschaftsbild, Wohnbebauung, Wohlfühlfaktor und Ökologie des Rheins - soweit wir das bis jetzt beurteilen können - in Einklang bringt. Abschließende Bemerkungen sowohl zur wasserrechtlichen wie auch zur immissionsschutzrechtlichen Seite sind natürlich im Moment nicht möglich, denn das sind ja alles nur vorläufige Betrachtungen und Ergebnisse aus dem Gutachten sowie vom Umweltamt dieser Stadt, und wir warten auch bis zur endgültigen Bewertung, bis uns die Unterlagen des Regierungspräsidiums zugegangen sind.

Ich möchte noch abschließend eine Bemerkung machen zur immissionsschutzrechtlichen Stellungnahme der Stadt: Wir sind sehr erfreut, dass unsere Anregungen aus dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit aufgenommen wurden, insbesondere zu prüfen, ob die Altanlagen nicht nachgerüstet werden können, um an der Stelle die Emissionen weiter zu mindern. Wir fänden es auch äußerst begrüßenswert, wenn

die Stadt alle Anstrengungen unternimmt, mit der EnBW zu freiwilligen Vereinbarungen zu kommen - im Bereich der Minimierung der Stickoxide und der Schwermetalle, denn beides sind Stoffe, die nicht unter die Irrelevanzgrenzen fallen, bei den Schwermetallen das Nickel und bei den Stickoxidemissionen allgemein. Hier müsste also nachgearbeitet werden oder eine freiwillige Vereinbarung - wie in der Vorlage geschildert - ermöglicht werden. Wir meinen, dass man eventuell schon über den Einkauf der Kohle Festlegungen machen kann, dass dort schon die Belastung mit Schwermetallen - die hängt ja von den geologischen Gegebenheiten ab, in den Bereichen, wo die Kohle abgebaut wird - sozusagen minimiert wird. Es ist eine Frage an die Stadtverwaltung, ob sie hier mit der EnBW eventuell zu gemeinsamen Ergebnissen kommen kann.

Auf der letzten Seite der Stellungnahme der Stadt Karlsruhe erbitte ich noch eine kleine Änderung. Dort heißt es u. a.: "Im Interesse des Klimaschutzes sollten Einrichtungen zur Abscheidung von Kohlendioxid nachgerüstet werden, sobald derartige Techniken zur Verfügung stehen." - Wir wissen noch wenig über diese Techniken, wir haben sie hier noch nie diskutiert. Ihre Chancen klingen dem Laien vielleicht verlockend, aber sie sind nicht ganz ohne. Sie sind in verschiedener Hinsicht kritisch, ich persönlich lehne sie eher ab. Ich meine, wir sollten da ein ganz klein wenig vorsichtiger formulieren, dass sie eher noch ermöglicht werden, damit wir nicht diese Debatte über die Frage der Kohlendioxidabschaltung in doch sehr definitiver Form in unsere Stellungnahme hineinnehmen. Ich will sie nicht ausschließen, aber die Formulierung bitte so weit herunterziehen, dass es nur noch "ermöglicht" werde.

Mit diesen Bemerkungen wird die SPD-Fraktion dem weiteren Verfahren zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Die Entscheidungen, die heute anstehen, tangieren zwei Ebenen, nämlich erstens die Ebene der lokalen Betroffenheit und zweitens die Ebene der übergreifenden Energieversorgung. Gekoppelt sind diese Ebenen mit zahlreichen Zielkonflikten, auf die ich dann noch eingehen möchte.

Die Stromversorgung ist für eine industrielle Gesellschaft eine elementare Grundlage. Ohne elektrische Energie funktioniert nichts. Der Strom kommt nun mal nicht einfach aus der Steckdose, er muss produziert und die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Das Sankt-Florians-Prinzip, wie Frau Baitinger bereits ausgeführt hat, ist in der Energiepolitik fehl am Platze. Ich bin mir sicher, dass dieses Haus unstrittig zur Erweiterung der Gas- und Turbinenanlage stehen wird. Unterschiedliche Auffassungen wird es bei dem Kohlekraftwerk geben.

Für das Kohlekraftwerk gilt zunächst, dass die CDU-Fraktion die vorgelegte Durchlaufkühlung mit Ablaufkühler städtebaulich und gewässerökologisch für vertretbar hält. Der nun geplante Kühlturm - Herr Dr. Ringler hat es ausgeführt - mit knapp über 80 m Höhe ist erheblich niedriger und städtebaulich weitaus verträglicher als dies bei den anderen Varianten der Fall gewesen wäre. Zudem - auch das hat Herr Dr. Ringler gesagt - hat die EnBW zugesagt, mit einem Freiraumkonzept und einem Architekten-Mehrfachbeauftragungswettbewerb die Auswirkungen insgesamt möglichst gering zu halten. Dem Thema der Schwadenbildung und des Kunstschnees wird mit dieser Variante auch wesentlich entgegengesteuert. Das geplante Kohlekraftwerk wird die Energieversorgung im Grundlastbereich sichern. Der Wirkungsgrad ist extrem hoch. Mit über 46 % wird ein hoher Wirkungsgrad erreicht. Das Kohlekraftwerk zeichnet sich aus durch Reduktion im CO₂-Ausstoß, nämlich rd. 30 % im Weltdurchschnitt und 15 % gegenüber den EnBW-Altanlagen, das kann man in verschiedenen Unterlagen - auch im Bebauungsplanverfahren - sehr explizit nachlesen. Durch das Ersetzen der alten Kohlekraftwerke der Nachkriegszeit erfolgt ein geringerer CO₂-Ausstoß pro erzeugter Strommenge. Der CO₂-Ausstoß ist nicht nur lokal, sondern global zu sehen. Auch hier möchte ich auf die Ausführungen von Frau Baitinger Bezug nehmen. Durch das Abschalten von alten Kohlekraftwerken in Baden-Württemberg wird in der Gesamtsumme nicht mehr CO₂ ausgestoßen. Ich denke, das ist auch ein Aspekt, der in diese Betrachtung mit einfließen sollte.

Bei der Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern wird man natürlich gefragt - und die Tüten der Grünen auf den Tischen zeigen das auch -: Kohle nein, Gas ja? Das haben wir in der CDU-Fraktion auch eingehend diskutiert: Wie ist das machbar? Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die Endlichkeit der Gasvorkommen ist die eine Sei-

te und die drohende Abhängigkeit von Russland stellt für uns wirklich keine Alternative dar. Wir wollen nicht ein Spielball von Russland werden.

(Beifall bei der CDU)

Nein, die Alternative zum Kohlekraftwerk heißt aus der Sicht der CDU klar: längere Laufzeiten der Kernkraftwerke.

(Beifall bei der CDU)

Klimarettung minus Kernkraft geht nicht auf. Der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung in Baden-Württemberg liegt bei über 50 %. Eine Verlängerung der Laufzeiten würde Zeit schaffen, um kohlendioxidfreie Kohlekraftwerke zu entwickeln und zu erproben und erneuerbare Energien wettbewerbsfähig zu machen. Lassen Sie mich an dieser Stelle klarstellen: Aussagen, dass die Grund- und Mittellast durch erneuerbare Energien sichergestellt werden können, sind Illusionen. Es ist unrealistisch - und ich denke auch: unehrlich - zu sagen, dass wir schon bald auf Kohle und Kernkraft verzichten können. Eine Sicherstellung durch erneuerbare Energien wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Und in diesem Zeitraum wird Kohle und Kernenergie erforderlich sein, um die Lücken zu schließen.

Auch das Bestreben der Energieeinsparung auf breiter Linie, was als Argument vorgetragen wird, wird von uns unterstützt, ist aber natürlich kurzfristig keine wirkliche Alternative. Theorie und Praxis fallen hier - wie so oft - auseinander. Der in der Diskussion stehende CO₂-Ausstoß und die Feinstaubbelastung wären aus unserer Sicht durch die weitere Nutzung der Atommeiler in Baden-Württemberg zu verhindern; nur diese Entscheidung können wir nicht fällen, hier sind andere politische Akteure gefragt.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Vorstöße von Umweltministerin Tanja Gönner und Ministerpräsident Oettinger, um die jetzigen Laufzeiten der baden-württembergischen Kernkraftwerke zu verlängern.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion nimmt die Ängste der Bevölkerung in den westlichen Stadtteilen sehr ernst. Wir haben sehr viele Gespräche geführt, und wir wissen ganz genau, dass die lokale Betroffenheit natürlich eine andere ist als eine globale Betrachtung. Nicht verkennen dürfen wir aber, dass die Immissionsprognosen deutlich machen, dass bei den geplanten Kraftwerken die Schadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub die so genannte Irrelevanzgrenze nicht überschreiten. Das übergreifende Gutachten, das die Stadt in Auftrag gegeben hat und das auch ein Wunsch war aus dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, nämlich die Gesamtbetrachtung der Großfeuerungsanlagen von EnBW, Palm und Stora Enso, prognostiziert, dass sich die Situation der Karlsruher Umweltzone nicht verändert. Nach diesen Regelungen können wir davon ausgehen - und so ist es auch zu lesen -, dass schädliche Umwelteinwirkungen durch die Anlagen nicht hervorgerufen werden können. Immissionschutzrechtlich hat das zur Folge, dass eine Genehmigung gar nicht versagt werden darf.

Wir haben uns im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit trotzdem dafür ausgesprochen - Frau Baitinger hat das auch ausgeführt -, dass in der Stellungnahme der Stadt Karlsruhe weitere Wünsche seitens der Vertreter der Stadt formuliert werden, dass nämlich bei Altanlagen moderne Rauchgasreinigungstechnik geprüft wird und evtl. beim Kohlebrand die Festlegung des Schwermetallgehaltes geregelt werden sollte, und zwar im Wege einer Auflage. Uns ist es wichtig, dass hier die Reduzierung kontinuierlich auf technisch hohem Niveau erfolgt. An die EnBW appellieren wir, dass die Forschung für eine emissionsfreie Verstromung von Kohle und anderen Brennstoffen ausgeweitet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben zwar in der Grundsatzerklärung uns fraktionsübergreifend für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe ausgesprochen, aber ich denke, hier sollte man noch einmal einen oder zwei Sätze dazu sagen, denn die Entscheidung kann man nicht nur von einer Seite betrachten, sondern man muss alle Elemente bedenken. Die EnBW hat sich für den Standort Karlsruhe entschieden. Sie will mit zwei großen Projekten einen Milliardenbetrag in Karlsruhe investieren. Dies ist eine Entscheidung von EnBW für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe. Ich denke, hieran sollten wir alle - fraktionsübergreifend - Interesse haben, nämlich EnBW als einen der großen Energieversorger in unserer Stadt zu verankern. Neben

den Investitionen bedeutet dies Arbeitsplätze, nicht zu unterschätzende Sekundäreffekte für unseren Mittelstand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Argumente haben die CDU-Fraktion nach ausgiebiger Diskussion und Abwägung zu der Entscheidung geführt, dass wir sowohl der Fortführung des Bebauungsplanverfahrens als auch der Stellungnahme zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren zustimmen werden.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Für Karlsruhe bahnt sich heute - so sehen wir das - ein "Black Tuesday" an ...

(Unruhe, Zurufe: Oooh! Oooh! Oooh!)

... und in düsterer Vorausahnung des Abstimmungsergebnisses und auch in Solidarität mit den Menschen, die sich heute vor dem Rathaus versammelt haben, haben wir uns auch entsprechend eingekleidet. Das ist vielleicht schon aufgefallen.

Wir müssen heute Position beziehen zu der Frage, ob Karlsruhe die Ansiedlung eines weiteren Großemittenten verträgt, eines Großemittenten, der den Stickoxidausstoß über Karlsruhe um bis zu 60 %, der den Feinstaubausstoß um bis zu 93 % und den Kohlendioxidausstoß um bis zu 85 % gegenüber den heutigen Emissionswerten für ganz Karlsruhe steigern wird. Dazu kommen noch Schwermetall- und Schwefeldioxidemissionen in ebenfalls ganz erheblichen Mengen. Die Luft in Karlsruhe - wir wissen das alle - ist ja heute schon schlecht. Wir haben Probleme, d. h. wir haben Grenzwertüberschreitungen beim Feinstaub bereits heute in manchen Jahren, bei den Stickoxiden werden wir diese Probleme spätestens 2010 haben, wenn die Grenzwerte verschärft werden, und wir müssen ganz dringend etwas tun, ganz dringend Reduktionsmaßnahmen ergreifen, um überhaupt die gesetzlichen Werte einhalten zu können. Stattdessen wird aber jetzt noch jede Menge obendraufgesetzt, und laut Immissionsgutachten, das ja vorliegt, soll das alles gar nicht relevant sein. Uns würde ganz nebenbei interessieren, ob das Gesundheitsamt dies genauso sieht.

Für uns lässt dieses Immissionsgutachten sehr, sehr viele Fragen offen, u. a. ist das angewandte Rechenmodell - das geht ja auch aus der Stellungnahme der Stadt hervor - überhaupt nicht geeignet, Inversionswetterlagen vernünftig abzubilden, und Inversionswetterlagen sind, das wissen wir alle, für die Luftbelastung in Karlsruhe ganz entscheidend.

Auch beim Kohlendioxid sind die Zuwächse erschreckend. Die ehrgeizigen Reduktionsziele, die wir uns jedes Mal mit großem Einvernehmen im Gemeinderat setzen, werden dadurch ziemlich in Frage gestellt. Jetzt sollen zu den bisher 7 Mio. Tonnen, die jährlich in Karlsruhe emittiert werden, noch einmal ganze 6 Mio. Tonnen dazukommen. Da muss man schon fragen, ob es dann sinnvoll ist, dass wir uns hier über Klimaschutzkonzepte Gedanken machen.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn statt Kohle Gas eingesetzt werden würde, dann sähe die Bilanz schon deutlich besser aus. Bei der Kohleverbrennung wird fast doppelt so viel CO₂ emittiert wie beim Gas - pro erzeugter Strommenge. Beim Gas bleiben wir komplett von Feinstaub, von Schwefeldioxyden und auch von Schwermetallen verschont - und die Wirkungsgrade sind deutlich höher. Apropos Wirkungsgrade: Es wird ja immer wieder argumentiert, wir bekämen jetzt ein so tolles Kohlekraftwerk, weil wir auch eine Wärmeauskoppelung vorsehen können. Wir haben heute schon ein Überangebot an Wärme im Rheinhafen, von daher nützt uns diese Möglichkeit gar nichts. Es kommt vielmehr darauf an, dass wir das Wärmeangebot, das jetzt da ist, erst einmal vernünftig nutzen.

Wenn jetzt ein echter Versorgungsnotstand bei der Stromversorgung bestünde, dann könnte man ja über manches noch diskutieren. Das ist ja überhaupt nicht der Fall, davon kann ja gar keine Rede sein. Und davon ist auch bei der EnBW überhaupt nicht die Rede. Die rechnen uns doch in unzähligen Ausschusssitzungen immer wieder vor, dass es ihr erklärtes Ziel sei, die Stromversorgung in den nächsten Jahrzehnten auf dem heutigen Niveau zu halten. Und das kann einfach nicht die Zukunft sein.

(Beifall bei den Grünen)

Und sie gehen davon aus, dass die Kohle billig und allzeit verfügbar ist. Aus der Sicht eines Stromkonzerns mögen das ja durchaus verständliche, nachvollziehbare Gesichtspunkte sein, die wollen natürlich viel Strom produzieren und ihn möglichst billig und viel davon verkaufen - durchaus verständlich. Aber die Politik muss andere Ziele haben, und deswegen darf Energiepolitik auch nicht den Energieversorgern überlassen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen braucht es hier unabhängige und zukunftsfähige Konzepte - und diese Konzepte gibt es. Es gibt übrigens auch eine Studie, die im Auftrag der Landesregierung erstellt worden ist und an der namhafte Institute mitgewirkt haben, wie z. B. das Fraunhofer-Institut oder auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Und auf Basis dieser und anderer Studien lässt sich aufzeigen, dass es Alternativen zur Atomkraft und zur Kohle gibt. Und diese Alternativen bauen im Wesentlichen auf drei Säulen auf:

Die erste Säule ist die Effizienzsteigerung bei der Stromerzeugung selbst und durch energiesparende Techniken in Haushalt und Industrie und dadurch ganz erhebliche geringere Verbräuche, als wir sie heute haben.

Die zweite Säule ist die konsequente Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien. Auch da ist ein riesiges Potential vorhanden, und da gibt es einiges in Angriff zu nehmen und zu tun.

Die dritte Säule ist der Einsatz von umweltschonenden Gaskraftwerken in der Übergangszeit, wobei auch dezentralen Kraftwerken hier der Vorzug zu geben ist.

Aber um das alles umzusetzen - das ist natürlich nicht von alleine möglich -, muss die Politik dringend steuernd eingreifen, und das muss höchste Priorität haben, und zwar auf allen Ebenen: auf Bundesebene, auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene haben wir unsere Verantwortung zu tragen. Ich will bei dieser Gelegen-

heit auf zwei mutige Gemeinderatsbeschlüsse hinweisen. Der eine ist der Beschluss des Gemeinderates in Krefeld, der die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für ein Kohlekraftwerk abgelehnt und damit dieses Kraftwerk einstweilen verhindert hat. Und es gibt einen Beschluss des Münchener Gemeinderates, der die Beteiligung der Stadt München an einem Kohlekraftwerk abgelehnt hat, und das übrigens mit einer sehr interessanten Argumentation: Man hat nämlich gesagt, das Kostenrisiko sei viel zu hoch, weil man nicht weiß, wie sich die Preise für die CO₂-Zertifikate entwickeln werden. Die werden sicher ganz enorm in der Zukunft steigen. Das war der Grund, und der zweite Grund war der, dass auch bei der Kohle ganz enorme Versorgungsengpässe vorhanden sind, weshalb auch hier ein ganz erhebliches Kostenrisiko entsteht.

Wir jedenfalls setzen auf langfristige, tragfähige, nachhaltige Konzepte, die umweltfreundlich und klimafreundlich sind und die übrigens auch ausgesprochen arbeitsplatzintensiv sind. Deshalb würden wir im Rahmen dieser dargestellten drei Säulen auch dem Gasblock zustimmen, der hier geplant ist, nicht aber einem weiteren Kohlekraftwerk. Das ist auch keine Traumtänzerie, wie uns immer wieder gerne vorgeworfen wird, das ist der reine Pragmatismus, der uns hier treibt, das ist die Sorge um die Karlsruher Luft und um die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt. Es ist auch die Notwendigkeit, dass auch wir hier unseren Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten haben. Und die eigentlichen Träumer - ob es auch Tänzerinnen und Tänzer sind, das sei mal dahingestellt - sind doch die, die immer wieder beteuern, wie wichtig Ihnen die Luftreinhaltung und der Klimaschutz sind, die dann aber überhaupt keine Ideen und Konzepte haben, wie das eigentlich verwirklicht werden soll, und das sind die, die die aktuell dringend notwendigen Entwicklungen verschlafen und im Grunde genommen darauf hoffen, dass sich das mit dem Klimaschutz schon irgendwie von alleine regeln wird.

(Beifall bei den Grünen)

Wir stehen zu unseren Zielen und machen uns an die Umsetzung, und deshalb werden wir heute aus ganz pragmatischen Gründen das Kohlekraftwerk ablehnen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich will noch ein paar Punkte zur Stellungnahme der Stadt sagen, die hier heute ja auch zur Abstimmung ansteht. Sie ist, so meinen wir, begrüßenswert kritisch, auch die zum Bebauungsplan, und es wird ja schon aufgezeigt, dass da ganz erhebliche Probleme auf Karlsruhe zukommen. Allerdings haben wir Zweifel daran, dass die dort angesprochenen freiwilligen Reduktionsvereinbarungen greifen, denn die Stadt ist - das wissen wir alle - nicht Herr oder Frau des immissionschutzrechtlichen Verfahrens, und Energieversorger haben bekanntlich andere Prioritäten als Luftreinhaltung und Klimaschutz. Von daher trauen wir solchen freiwilligen Vereinbarungen wenig.

Mit dem in der Stellungnahme zum Ausdruck gebrachten mulmigen Gefühl ist es deshalb allein nicht getan, uns fehlt es an der letzten Konsequenz, nämlich das Kraftwerk schlicht und ergreifend abzulehnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Fromm (FDP/Aufbruch): Mit meiner Stellungnahme wird deutlich, wie unterschiedlich hier die Sichtweisen sind. Wenn man natürlich mit ständigem Misstrauen an alles rangeht, dann findet man in jedem Vertrag letztlich einen dunklen Fleck und man verliert das Vertrauen in die Menschheit und in die Politik allgemein, so wie Sie argumentieren.

(Beifall bei der FDP/Aufbruch)

Meine Fraktion meint, Energiepolitik und Energiewirtschaftspolitik sind gemeinsame Partnerinnen, genauso gemeinsame Partnerinnen wie Gesetzgeber - in diesem Fall die Politik -, Wirtschaft und Industrie. Die FDP/Aufbruch-Fraktion unterstützt die EnBW in ihrem Bemühen, den Energiestandort Karlsruhe durch einen Energiemix wettbewerbsfähig zu erhalten und das Rheinhafendampfkraftwerk durch eine breitere Ressourcenverfügbarkeit - hier: Steinkohle - von Gaslieferungen unabhängiger zu machen und vor allem die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu verbreitern. Nicht verhehlen möchte ich, dass durch den zusätzlichen Kohleverbrauch sich auch ein wirtschaftlicher Aufschwung finanziell im Hafenergebnis niederschlägt. Ein zu-

sätzlicher Kohleumschlag wird der Stadtkasse - Stand heute - mindestens 600 000 € Umschlagskosten bringen, manche meinen auch weit über 1 Mio. €.

Fakt ist, dass das allgemein klimaschädliche Kohlendioxid nicht verhindert werden kann. Meine Kolleginnen haben dazu schon vertiefend Stellung genommen. Uns überzeugt aber, dass durch den hohen Wirkungsgrad und die Wärmekopplung auch die spezifische CO₂-Emission gesenkt und die Energieeffizienz gegenüber bestehenden Anlagen gesteigert werden kann. Ob eine evtl. CO₂-Abscheidung heute schon im Bebauungsplanverfahren festgeschrieben werden soll, ist bis zum Satzungsbeschluss zu prüfen, aber zurzeit ist die technische Umsetzung noch in den Kinderschuhen. Wir sind ja gewarnt durch Thermoselect. Die technische Umsetzung hängt von ihrer Weiterentwicklung ab, in einem Großversuch sollen Kraftwerksanlagen damit momentan schon arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie keine Sorge, ich werde mich nicht in die Technologie der Kraftwerksanlagen vertiefen. Stattdessen werde ich aber zum Planungsrecht des VEP Stellung nehmen. Das Gebiet ist als Industriegebiet ausgewiesen. Das heutige Bebauungsplanverfahren schafft mit dem Einleitungs- und Ausleitungsbeschluss die planungsrechtliche Grundlage für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung durch das Regierungspräsidium. Im VEP soll eine Durchgrünung des Kraftwerksgeländes mit dem künftigen Landschaftspark Rheinaue vernetzt sowie eine rheinnahe Hafenerquerung für den Fuß- und Radverkehr festgelegt werden. Meine Fraktion hält es auch für wirkungsvoller, wenn die Ausgleichsmaßnahmen aufgrund der Eingriffe nicht dem Ökokonto zugeschlagen werden, sondern als sogenannter Vor-Ort-Ausgleich dem Landschaftspark Rhein zufallen.

(Einzelner Beifall)

Die Anlagentechnik und die Architektur sind heute nicht Gegenstand des VEP. Trotzdem, Herr Oberbürgermeister, haben wir aber die Möglichkeit, mittels Durchführungsvertrag zu fordern - die Kollegin Luczak-Schwarz sprach auch davon -, eine freiwillige Reduktion von Schadstoffkomponenten über die jetzige Gesetzgebung hinaus zu erzielen, ebenso eine Begrenzung des Schwermetallgehaltes der zu verarbeitenden Steinkohle festzusetzen, um die Umweltschadstoffe weiter zu reduzie-

ren. In diesem Durchführungsvertrag wollen wir auch verankert wissen, dass die Fassadengestaltung durch ein Farb- und Lichtkonzept diese Industriearchitektur gestalterisch zu einem Leuchtturm des Hightechstandortes Karlsruhe markiert.

Bürger haben insbesondere in den letzten Tagen angstvoll ihre Sorgen um die Gesundheit und das Klima uns allen geschildert. Auch meine Fraktion sorgt sich um die Umweltbelastung, und wir wischen jetzt nicht einfach alles so beiseite, sondern fragen uns: Was ist die Alternative? Meine Fraktion nimmt also die Sorgen ernst, warnt aber gleichzeitig vor der Verteufelung dieser Technologie. Da fossile Energieträger bis auf Weiteres noch ein unverzichtbarer Teil des Gesamtenergiemixes in Deutschland sind, die Kernkraft ebenso umstritten ist, können wir auf kohlebefeuerte Kraftwerke vorerst nicht verzichten. Die gutachterliche Immissionsprognose kommt trotz prognostizierter Zusatzbelastung bei der Luftbewertung zum Ergebnis, dass keine signifikanten Veränderungen zu erwarten sind, auch keine erheblichen Auswirkungen bei kumulativer Betrachtung. Denn in den umliegenden Wohngebieten ist die Belastung unterhalb der Irrelevanzkriterien errechnet worden. Wie die Mitarbeiter und die Beschäftigten im Nahbereich auf dem Werksgelände mit welchen Auflagen zu schützen sind, ist eine selbstverständliche Aufgabe für den Arbeitsschutz.

Es bleibt eine ständige Herausforderung für Forschung und Industrie, die Rauchgasimmissionen - Schwebstaub NO_x , ebenso wie CO_2 - noch weiter zu minimieren, um das Optimum zu erreichen. Wie das Kraftwerk nach Ende 2011 aussehen wird, wird die immissionenschutzrechtliche Genehmigung des Regierungspräsidiums zeigen.

Die FDP/Aufbruch-Fraktion stimmt der Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ebenso zu wie der Vorlage, und wir möchten Sie, Herr Oberbürgermeister, ermuntern. Um die Luftschadstoffe im Belastungsraum Karlsruhe zu senken, stimmen wir der ausdrücklichen Vorlagenbeschreibung zu - ich zitiere: "Hierbei sollte von der Immissionsschutzbehörde auch geprüft werden, inwieweit eine Übertragung modernerer Rauchgastechniken auf bereits bestehende Anlagen der EnBW in Betracht kommt und damit auch bei Altanlagen die Emissionsanforderungen erhöht werden können." Wir stimmen dem so zu.

(Beifall bei der FDP/Aufbruch)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Nicht Meinungen und nicht Stimmungsmache müssen Grundlage von Politik sein, sondern Tatsachen, und Tatsachen werden meinen Redebeitrag wie einen roten Faden durchziehen.

Die erste Tatsache, die ich nennen will, ist eine banale, aber sie muss trotzdem gesagt werden: Jede Verbrennung fossiler Energieträger ist schlecht für den Klimaschutz - und am schlechtesten ist Braunkohle.

Die zweite Tatsache: Es gibt sehr unterschiedliche klimaschädliche Kohlekraftwerke.

Die dritte Tatsache: Das geplante RDK 8 ist aufgrund seiner Technik und der Anbindung an das Fernwärmenetz der Stadt eines der effizientesten und am wenigstens klimaschädlichen Kohlekraftwerke der Welt.

Vierte Tatsache: Die Bundesrepublik kann nicht gleichzeitig aus Atom- und Kohlestrom aussteigen, ohne die Stromversorgung massiv zu gefährden. Vor diesem Hintergrund hat die ehemalige rot-grüne Bundesregierung im Ausstiegsszenario zur Atomkraft den zeitlich und in der Leistung begrenzten Zubau von Kohlekraftwerken festgeschrieben. Ziel dort war der Ausstieg aus der Kohle im Bereich Jahr 2050. Das hieße, das jetzt diskutierte RDK 8 ist gar kein Zubau. Kollegin Baitinger hat es ja bereits erwähnt. Die EnBW hat deutlich aufgelistet, dieses RDK 8 dient mittelfristig dem Ersatz von alten Kohle- und Atomblöcken der EnBW, die alle relativ mehr Schadstoffe und CO₂ pro Kilowattstunde ausstoßen als das neue Kraftwerk. Das RDK 8 ist also kein Zubau an Kohlekraft, wie von der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung für notwendig erachtet. Stattdessen ist es ein Ersatz von Kohle- und Atomkraft - und damit auch von RDK 7, weil dieses, der jetzige Kohleblock draußen am Rheinhafen-Dampfkraftwerk, einfach seltener am Netz sein wird.

Es wurde das Thema genannt: Gaskraftwerke. Nächste Tatsache: Gaskraftwerke sind für eine Versorgung mit Strom rund um die Uhr - das ist die so genannte Grundlast, über die wir heute diskutieren - nahezu ungeeignet, und zwar aufgrund des hohen Gaspreises, der sich in absehbarer Zeit auch nicht verringern wird, und deshalb würden eben solche Kraftwerke nicht rund um die Uhr laufen. Die Grundlast würde stattdessen von Atomkraftwerken, z. B. aus Frankreich, bezogen oder von viel, viel

klimaschädlicheren, aber leider auch billigeren Braunkohlekraftwerken, z. B. aus Tschechien. Die Frage ist: Brauchen wir überhaupt ...?, könnte man nicht vielleicht doch ...?, ... weil wir ja alle weniger Strom verbrauchen. Verbrauchen wir überhaupt weniger Strom? Ich habe mir einfach einmal den Geschäftsbericht der Stadtwerke vorgenommen, um am Karlsruher Beispiel zu sehen, wie es mit dem Stromverbrauch in den letzten Jahren war. Ich beginne mit dem Jahr 2003. Da hatten wir eine Netzabgabe von 1,55 Megawattstunden. 2004 waren es 1,58 Megawattstunden, 2005 waren es 1,64 Megawattstunden und 2006 waren es 1,67 Megawattstunden. Es ist also keine Trendwende zu erkennen, dass wir weniger Strom verbrauchen. Das ist bedauerlich, das ist massiv bedauerlich, es ist ein Ärgernis. Aber es ist eine Tatsache. Und wer jetzt sagt, das läge nur an den Großen, dem sage ich, der gleiche Geschäftsbericht macht auch deutlich, dass es bei den Tarifkunden, also bei uns hier unten und oben auf der Tribüne, nicht besser aussieht, auch wir haben mehr Strom verbraucht.

Nächstes Thema - Fernwärme: Es wurde im Vorfeld dieser Diskussion gefragt, ob nicht das von den Stadtwerken beschlossene Fernwärmennutzungsangebot der MiRO ausreiche. Das ist ein tolles Projekt, das wirklich wegweisend ist. Leider kann dieses Projekt selbst im Endausbau nur 80 Megawatt liefern, am Anfang sogar nur 40, und es dauert auch noch ein paar Jahre, bis wir so weit sind. Wir brauchen aber in der Spitze über 200 Megawatt in Karlsruhe. Wo kommen dann die 120 Megawatt her? Also müssten wir weiterhin aus anderen Kraftwerken diese Energie decken, und genau deshalb ist RDK 8 ideal, weil es ein Grundlastkraftwerk ist, das eben rund um die Uhr läuft und uns dann wirklich zu jeder Tages- und Nachtzeit - gerade nachts ist es häufig kälter als tagsüber - die entsprechende Fernwärme liefern kann.

Es wurde ebenfalls im Vorfeld dieser Debatte gefragt, warum wir nicht mehr Blockheizkraftwerke bauen. Wir haben natürlich ein Fernwärmenetz, und wenn wir das jetzt herausreißen würden, dann müsste man einmal ökologisch bewerten, was das bedeuten würde. Wir versuchen ja, wo immer wir Neubaugebiete entstehen lassen, über Blockheizkraftwerke nachzudenken, und wie schön, dass wir heute auch den Beteiligungsbericht diskutieren. Da steht nämlich drin, wo wir überall Blockheizkraftwerke in Karlsruhe bauen: Blockheizkraftwerk Oberreut, Blockheizkraftwerk Heidenstückersiedlung, Blockheizkraftwerk Edelbergstraße, Blockheizkraftwerk Lindenallee,

die Nahwärmenetze Neureut und Knielingen, das Nahwärmenetz Smiley-West und Rintheim - und nicht zuletzt haben wir ein Nahwärmenetz oben in Hohenwettersbach im Baugebiet "Fünzig Morgen". Es ist ja nicht so, dass wir nicht dort, wo es möglich ist, auf Blockheizkraftwerke setzen, aber auch hier gilt: Blockheizkraftwerke sind nicht grundlastfähig, unseren Grundlaststrom könnten wir auch mit Blockheizkraftwerken nicht herstellen, weil sie nicht rund um die Uhr laufen.

Was aus unserer Sicht, aus der Sicht der Karlsruher Liste - und ich habe das Gefühl, aus der Sicht aller hier im Gemeinderat -, nun für das Karlsruher Klima wirklich wichtig ist, ist nicht diese Grundsatzdebatte über Klimaenergie, wo es um Tatsachen geht, es geht um die Schadstoffbelastung, und zwar um die, die in Karlsruhe ankommt und von der wir natürlich möglichst wenig abhaben wollen. Hierzu sagen alle Gutachten voraus, dass die Grenzwerte sehr weit unterschritten werden. Aber reicht das aus? Dass muss für uns als Stadträte die Frage sein. Ich habe aus vielen Wortmeldungen gehört, dass es eben möglicherweise nicht allen reicht - noch nicht! Eine weitere Minderung der Emissionen an Schadstoffen - und darunter sind alle Schadstoffe außer CO₂ zu verstehen, denn CO₂ können wir so nicht mindern - über das Bundesimmissionsschutzgesetz hinaus können wir nicht über den Bebauungsplan regeln, aber über einen Durchführungsvertrag. Und hierzu mache ich eine klare Ansage für die Karlsruher Liste: Die Karlsruher Liste setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass der Durchführungsvertrag Regelungen enthält, die eine gravierende Absenkung der Schadstofffrachten, z. B. an Feinstaub, NO_x und SO₂, gegenüber den Grenzwerten des Bundesimmissionsschutzgesetzes enthält. Die Karlsruher Liste macht ihre Zustimmung zum Durchführungsvertrag und damit auch zum Satzungsbeschluss von einer solchen Vereinbarung abhängig. Dies ergänzt die Position der SPD, die ihre Zustimmung vom Vorliegen einer Bewertung durch das Regierungspräsidium abhängig macht. Ich möchte an dieser Stelle auch ein Lob an die Verwaltung, insbesondere an das Umweltamt und den Zentralen Juristischen Dienst, geben, die genau diesen Punkt sehr gut in der Vorlage herausgearbeitet haben und uns damit auch Munition für unsere Argumentationen liefern.

Und ich mache noch eine weitere Aussage für die Karlsruher Liste: Wir sprechen uns klar gegen das weitere Kraftwerk von Stora Enso aus, und zwar aus dem Grund, dass Stora Enso seinen Dampf und seinen Strom auch vom RDK 8 oder vom RDK 7

- oder auch von den Stadtwerken - beziehen könnte, dies aber in der Vergangenheit in Verhandlungen abgelehnt hat. Hier werden die Unternehmensinteressen nach unserer Ansicht weit über die Interessen der Allgemeinheit gestellt. Einen Wermutstropfen muss ich allerdings noch dazu ausbringen: Ob sich allerdings der Bau des Stora-Enso-Kraftwerks mit rechtlichen Mitteln verhindern lässt, ist äußerst zweifelhaft. Auch dieses Vorhaben kann sich auf der rechtlichen Grundlagen des Bundesimmissionsschutzgesetzes stützen - trotzdem: Wir lehnen es ab.

Ein letzter Punkt: Der riesige Kühlturm, der anfangs geplant war, ist nicht zuletzt Dank unseres Zusatzantrages, der hier ja auch die Mehrheit des Gremiums gefunden hat, vom Tisch. Das sehen wir für Daxlanden als einen positiven Punkt an, und alles Weitere wie Schadstoffbelastung, ob die in Daxlanden, Knielingen, Mühlburg oder auch in Rüppurr, Durlach oder Neureut ankommt, werden die weiteren Ergebnisse zeigen. Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass es gut aussieht, und von daher stimmen wir dem Auslegungsbeschluss zu.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kunz (ÖDP): Ich will eines gleich vorweg sagen: Ich habe nichts gegen Kraftwerke, wir brauchen den Strom, das ist ganz klar. Ich spreche mich aber gegen ein Kohlekraftwerk im Karlsruher Westen aus, weil eben der Karlsruher Westen schon überbelastet ist im Vergleich zu anderen Ortsteilen, und ich werde deshalb die Vorlage ablehnen.

Der Vorsitzende: Wir sind am Ende der ersten Runde. Eine Wortmeldung habe ich für die zweite. Wollen Sie, Herr Dr. Ringler, diese noch abwarten? - Okay!

Stadträtin Baitinger (SPD): Ich möchte auf einige Dinge eingehen, die im Verlauf der Debatte gesagt wurden, damit es sich auch um eine Debatte handelt.

Erstens. Sie haben München erwähnt, Frau Lisbach. Nun ist mir dazu auch eine E-Mail untergekommen - unter all den E-Mails, die wir zugeschickt bekommen. Ich habe daraufhin nachgeschaut, was da wirklich los war in München. In München ist folgendes passiert: Die dortigen Stadtwerke haben zum Zwecke des Ausstiegs aus Isar

II - das ist ein Atomkraftwerk - Anteile an einem Kohlekraftwerk in Nordrhein-Westfalen gekauft. Dass dies Sankt Florian in höchstem Ausmaß ist, steht für mich außer Frage.

(Beifall bei der SPD)

Die dortige rot-grüne Stadtregierung hat dann den Stadtwerken verboten, weitere Anteile zu kaufen. Den gekauften Anteil aber, den haben sie, das sind ca. 70 Megawatt, weil das Geschäft rechtskräftig war, bevor es vom Rat verboten wurde. Eine gewisse Schlitzohrigkeit bayerischer Provinienz kann man darin nicht verkennen. Ich habe das nur gesagt, damit hier in der Öffentlichkeit nicht Dinge behauptet werden, die sich völlig anders darstellen, wenn man schaut, was hinter oder vor den Kulissen wirklich gelaufen ist. Es ist auch nicht so, dass wir gegen die alternativen Energien wären. Wir sind froh, dass es in Karlsruhe so viele Ansätze gibt. Wir haben die Stadtwerke immer unterstützt und werden sie auch weiter unterstützen beim Ausbau der Photovoltaik, bei Sonnendächern usw. Man soll aber nicht so tun, als würde das ohne Widerstand der Bürger gehen. In Daxlanden regt sich jetzt der Widerstand gegen das Kohlekraftwerk, aber ich erinnere mich noch gut an Grünwettersbach, als dort ein Windrad gebaut werden sollte, wie die dortige Bevölkerung auf die Barrikaden gegangen ist.

Kurz und gut: Wir können sehen, egal was, sobald eine Anlage errichtet wird, sei sie unter dem einen oder anderen Kriterium besser oder schlechter, es gibt Widerstände, denn die Menschen wehren sich gegen Veränderungen. Das scheint mir der Kern der Tatsachen zu sein.

Zweitens: Ich möchte mich noch einmal und ausdrücklich dagegen verwahren, dass diese Rechnung mit den Emissionen aufgemacht wird. Entscheidend für die Luftbelastung in Karlsruhe ist, was herunterkommt, und das nennt man nun einmal Immission. Und dieses, was herunterkommt, das kommt nicht nur aus Karlsruhe, sondern teilweise auch von woanders her. Wenn irgendwelche alten Klappermühlen an Kohlekraftwerken irgendwo in Heilbronn Dreck machen, dann ist die Möglichkeit, dass dieser Dreck in Karlsruhe herunterkommt, wesentlich größer als die Wahrscheinlichkeit, dass aus einem 250 m hohen Schornstein der Dreck in Karlsruhe herunter-

kommt. Zu Ihrer Information: Es ist nämlich so, dass die Politik der hohen Schornsteine, wie diese Gestaltungsmöglichkeit der Umweltpolitik auch genannt wird, in den 60er-Jahren in Nordrhein-Westfalen erfunden wurde, um den dortigen Himmel über der Ruhr wieder blau werden zu lassen, was auch gelungen ist, was aber dazu geführt hat, dass dann anschließend in Schweden aufgrund der kalkarmen Böden und der Rauchgasschwaden aus Großbritannien und Nordrhein-Westfalen die Seen umgekippt sind, weil sie übersäuert waren durch die Schwefeldioxidemissionen der Kraftwerke an ganz anderen Standorten. Und das muss man immer wieder betonen: Die Immission ist es und die Immission hat ihre Quelle an einer ganz anderen Stelle als die Emission. Und ob nun der CO₂-Ausstoß gerechnet wird, indem man einfach die Ausstöße addiert, die von Karlsruhe ausgehen, ist ebenfalls unredlich, denn addiert bzw. berechnet werden müsste die CO₂-Emission pro in Karlsruhe konsumierter Kilowattstunde Strom.

(Beifall bei der SPD)

Alles andere ist keine seriöse Vergleichsbasis, fördert das Sankt-Florians-Prinzip und tut so, als könne man das vermeiden, indem man einfach hier nichts baut, dann wird es eben woanders gebaut, aus den Augen, aus dem Sinn. Das geht nicht und ist unredlich und wird von der SPD-Fraktion aufs Schärfste zurückgewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Und drittens - das kann man ja nicht vermeiden - noch ein Wort zum Atomausstieg. Eine Partei hält am Atomausstieg fest, und es müssen sich die EnBW und alle anderen Beteiligten an diesem Ausstieg darüber im Klaren sein, dass sie einen Vertrag unterschrieben haben, der nicht nur den Ausstieg beinhaltet, sondern eine ganze Reihe von Privilegien für die Atomstrombetreiber. Dazu gehören nicht nur das Überprüfen fehlerhafter Dübel, um sicher zu sein, dass das Kraftwerk nicht zusammenfällt, zu diesen Privilegien gehört die Steuerfreiheit der Rückstellungen - das sind enorme Summen, auf die der Staat verzichtet -, aber auch die Möglichkeit der Zwischenlagerung, die an allen Kraftwerkstandorten akzeptiert wird als vorläufige Endlagerung, die Nichtbeteiligung an den Endlagerkosten sowie ein beschränktes - und das ist wahrscheinlich das Allerbeste - Haftungsrisiko für die Kraftwerksbetreiber.

Wenn hier ein Gau passieren würde wie in Tschernobyl, die Schäden wären unermesslich und die Beiträge zu einer Haftpflichtversicherung für einen Schaden dieser Größenordnung würden die Atomkraft ökonomisch sofort stilllegen. Diese Privilegien für die Atomindustrie wären natürlich bei einem Ausstieg weg.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Stapf (GRÜNE): Um der Debattenphilosophie Genüge zu tun, möchten wir dann doch noch antworten. Es ist natürlich so, dass wir jetzt nicht die Gesamtsituation in München betrachtet haben, das ist ganz klar, aber in Karlsruhe ...

(Heiterkeit - **Stadtrat Dr. Maul/SPD:** Das ist eine gute Erklärung!)

- Meinen Sie, das war jetzt das nächste Eigentor? Lassen Sie mich erst ausreden!

In Karlsruhe ist es natürlich auch so, dass Energie von außerhalb gekauft wird. Wir nehmen ja nicht nur die Energie der Werke, die hier stehen, sondern auch von außerhalb. Und aus diesem Grunde ist der Vergleich mit dem, was München aus Nordrhein-Westfalen holt, einfach nutzlos. Man kann uns vieles vorwerfen, aber was man uns nicht vorwerfen kann, ist ganz bestimmt, dass wir besonders opportunistisch seien. Wir sind es nicht, wir haben uns immer für regenerative Energien eingesetzt und waren jederzeit bereit, mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber zu streiten. Was auch einfach von der Windrichtung her nicht stimmen würde, ist, dass wir von Heilbronn etwas bekommen, denn der Wind weht meist in die andere Richtung.

(**Stadtrat Obert/FDP/Aufbruch:** Das ist doch gar nicht das Thema!)

Ich denke, diese Betrachtungen, die da aufgeführt wurden, waren etwas spekulativ und haben nicht sehr zu Versachlichung beigetragen.

Letztlich ist es einfach zu sagen, wir sind ja nicht dafür, dass dieses Kraftwerk sonstwo gebaut wird, sondern wir sind dafür, jetzt die Energiewende einzuleiten, und da muss man halt mal Farbe bekennen und sagen, Kohle ist nicht die Zukunft, wir

sind bereit, im Gasbereich Kraftwerke zu bauen. Es ist jetzt an der Zeit zu sagen, so geht es nicht weiter, Atomkraft ist nicht die Zukunft, Kohle ist auch nicht die Zukunft.

Es gibt Lösungsansätze und Modelle, die ganz klar darstellen, dass es auch ohne beides funktionieren kann.

(Unruhe - Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Obert (FDP/Aufbruch): Herr Kollege Stapf, Sie haben mit Ihrer Wortmeldung ein weiteres Mal unter Beweis gestellt, dass Sie nicht bereit sind, Fakten anzuerkennen.

(Beifall bei der FDP/Aufbruch)

Sowohl der Kollege Dr. Fischer als auch die Kollegin Baitinger haben mit ihren Wortmeldungen sehr deutlich Fakten dargelegt, und wenn Sie ...

(**Stadtrat Wellenreuther/CDU:** Frau Luczak-Schwarz auch!)

- Alle anderen auch, ...

(Heiterkeit)

... aber die beiden haben sich in besonderem Maße darauf berufen - ich möchte es einmal so sagen.

Und Sie sagen dazu einfach nichts! Ich nehme drei Dinge heraus: einmal die Sache mit München. Da hat Frau Lisbach mit großer Grandezza hier erklärt, was es für innovative Gemeinderäte gibt in anderen Städten, und nun klärt Frau Baitinger auf, was wirklich dahintersteckt, und das wird dann von Ihnen eben mal so weggewischt.

Dann die Sache mit Heilbronn: Frau Kollegin Baitinger hat ja nicht dezidiert gesagt, dass das, was in Heilbronn herauskomme, in Karlsruhe herunterkommt. Sie hat eher auf die Umstände hingewiesen, dass die Emissionen das Problem sind, wenn man

vom gesamten Klima spricht, und die Immissionen dann, wenn es einen direkt betrifft. Darauf haben Sie auch nicht geantwortet, und dann kommen Sie jetzt mit der regenerativen Energie. Der Kollege Fischer hat eindrücklich dargelegt, was Mittellast und was Grundlast ist. Sie sagen „Gas ja, Kohle nein“, aber Gas ist Mittellast und nur Kohle ist Grundlast. Und ohne Grundlast können Sie nicht existieren. Auch dazu kommt von Ihnen kein Wort, weil es Ihnen nicht um Pragmatismus geht, nicht um Sachlichkeit und Ehrlichkeit, sondern es geht Ihnen - es tut mir leid - um Mummenschanz, um Aktionen wie „Back to the Roots“, um diese Tütchen und diese Kleidung, die ich im Übrigen gerade am heutigen Tag nicht pfiffig, sondern eher geschmacklos finde.

(Beifall)

So ist man nicht pragmatisch, so ist man nicht ehrlich, sondern hier versucht man Stimmen zu fischen in einem sehr trüben Gewässer. Antworten Sie doch einmal, damit wir wenigstens eine sachliche Debatte haben, auf die sachlichen und Tatsachen begründenden Einlassungen der Kolleginnen und Kollegen, dann kann man Sie auch wieder ernstnehmen, aber bei dem, was Sie machen, fällt mir das verdammt schwer.

(Beifall bei der FDP/Aufbruch)

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Ich will jetzt doch noch auf zwei Dinge eingehen.

Ich habe überhaupt nicht behauptet, dass in München ein Kohlekraftwerk verhindert wurde, ich habe vielmehr gesagt, dass die Beteiligung daran abgelehnt wurde durch den dortigen Gemeinderat. Wichtig war für mich die Argumentation, warum man das getan hat, nämlich aufgrund der Kostenrisiken, die man bei der Kohle und bei den CO₂-Zertifikaten gesehen hat. Das war die Argumentation, auf die ich abgehoben habe, um das hier noch einmal klarzustellen.

(Unruhe)

Ich habe in keiner Weise behauptet, dass das Kraftwerk von den Münchnern abgelehnt wurde, sondern nur die Beteiligung daran.

(Erneute Unruhe)

Zu den Immissionen: Ich denke, ich habe deutlich genug dargelegt, dass wir die Ergebnisse des Immissionsgutachtens anzweifeln und für sehr unwahrscheinlich halten, dass sich bei diesem Ausmaß und der Steigerung von Emissionen die Immissionen nur irrelevant erhöhen. Wir haben als Beispiel genannt - und das ist eine ausgesprochen relevante Sache, das wurde uns auch im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit sehr deutlich dargelegt -, dass die Inversionswetterlagen, die nun einmal in Karlsruhe absolut maßgeblich sind für die Luftbelastung, nicht abgebildet werden können. Insofern bestehen wirklich große Zweifel daran, dass dieses Immissionsgutachten wirklich darlegt, was an künftiger Luftbelastung an uns zukommt, und da haben wir auch sehr sachlich hier argumentiert. Ich wehre mich gegen die Ausführung, dass wir hier polemisieren würden.

(Beifall bei den Grünen)

Der Vorsitzende: Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich bitte Herrn Dr. Ringler, nachher zu den planerischen Fragen kurz Stellung zu nehmen. Ich möchte gerne zu den Verfahrensfragen etwas sagen, die von mehreren Rednern genannt wurden.

1. Selbstverständlich sind wir bereit - und es ist auch in den Vorlagen angesprochen -, mit der EnBW Gespräche zu führen, wie wir zu einer weiteren Schadstoffreduzierung kommen, und zwar auf freiwilliger Basis. Das wollen wir tun, das ist unsere Absicht. Ich betrachte Ihre Erklärungen hierzu als eine Stärkung gegenüber der EnBW, dass wir mit ihr in Gespräche eintreten.
2. Zur Frage der Abscheidung von Kohlendioxid und zur Formulierung in der Vorlage, „... sobald derartige Techniken zur Verfügung stehen“: Das schließt natürlich mit ein, dass wir die Auswirkungen dann auch betrachten. Das muss man sehen. Man kann nicht nur sagen, was technisch möglich sei, das mache

man um jeden Preis, das würde ich nicht empfehlen. Auch hier sind wir Ihrer Meinung.

3. Zur Verzahnung der Verfahren: Es ist nicht möglich, dass wir unseren Satzungsbeschluss erst dann machen, wenn das immissionsschutzrechtliche Verfahren abgeschlossen ist, denn unser Verfahren ist ein Teil des dortigen Verfahrens. Das Regierungspräsidium hat uns sehr deutlich mitgeteilt, dass Voraussetzung ist, dass wir unser Verfahren abschließen, so sage ich es jetzt einmal verkürzt ausgedrückt. Aber Sie dürfen darauf bauen, dass wir uns darum bemühen, eine vorläufige Stellungnahme zu erhalten, damit wir wissen, wie sicher die Sache eigentlich ist, bevor wir zu unserem Satzungsbeschluss kommen. Das wollen wir natürlich tun. Aber wir können nicht deren Verfahren abwarten und es in unseres einbeziehen, weil unser Verfahren ein Teil des dortigen Verfahrens ist.

Ich denke, dass wir aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen - auch mit dem Regierungspräsidium - in einem solchen Verfahren der Vorabstimmung und engen Verzahnungen auch schon im Vorfeld einen gehörigen Schritt weiterkommen werden.

Diese drei Punkte wollte ich zum Verfahren noch verdeutlichen.

Herr Dr. Ringler: Ich habe auch drei Anregungen aus dem Gemeinderat, die ich mitnehme.

Zum einen ging es um das Thema Fahrradweg. Es ist im vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine Fahrradverbindung von Norden über das Hafentor gesichert. Wie Sie wissen, ist auch eine Fahrradverbindung im Zuge des Rheins angestrebt, wenn die BUGA nach Karlsruhe kommt, was wir ja alle hoffen. Da gibt es die Idee, über die Hafeneinfahrt eine Fußgänger- und Radwegebrücke zu bauen und im Zuge dieser Brücke wäre dann auch ein weiterer Radweg zu führen. Wir prüfen, ob im Verfahren hier ein Geh- und Wegerecht für dieses kurze Stück jetzt schon eingefügt werden kann.

Das Zweite waren die Ausgleichsmaßnahmen - so nah wie möglich am Ort. Die Mehrheit der Maßnahmen ist in der Nähe, aber es gibt auch Maßnahmen im Bereich des Alten Flugplatzes und in Neureut. Ich nehme als Anregung mit, inwieweit die Maßnahmen näher zum Ort des Geschehens gebracht werden sollen.

Der dritte Punkt beinhaltet das Farb- und Lichtkonzept. Das wird ein Ergebnis der Mehrfachbeauftragung sein und ist danach mit dem Kraftwerksbetreiber zu vereinbaren.

(Stadträtin Fromm/FDP/Aufbruch: Und der Durchführungsvertrag?)

Der Vorsitzende: Das ist das weitere Verfahren, das ich gemeint habe.

Wir kommen zur Abstimmung - zunächst über die Vorlage Nr. 1052 zum Tagesordnungspunkt 7. - 10 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen, ansonsten Zustimmung.

Dann stelle ich die Vorlage Nr. 1053 zu Tagesordnungspunkt 8 zur Abstimmung. - Gleiches Ergebnis, ebenfalls angenommen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt schließe, erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung:

Ich habe Ihre Demonstration, meine Damen und Herren von den Grünen, mit Ihren Tüten auf den Plätzen kommentarlos hingenommen. Wie Sie sich kleiden, ist mir fast wurscht, und die Farbe schwarz spielt auch bei mir keine Rolle, das ist Ihnen überlassen. Aber dass Sie es noch betonen, dass Sie heute schwarz gekleidet sind wegen einer demokratisch zu treffenden Entscheidung des Gemeinderates, und zwar einer Sachentscheidung, finde ich angesichts des heutigen Tages, an dem wir den Ehrenbürger und langjährigen Oberbürgermeister Otto Dullenkopf zu Grabe getragen haben, eine Geschmacklosigkeit in höchster Form. Das wollte ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall auf der rechten Seite)

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Fettweisstraße 65, Rheinhafen-Dampfkraftwerk“, Karlsruhe-Daxlanden, zustimmend zur Kenntnis und beschließt:
 - a) das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Fettweisstraße 65, Rheinhafen-Dampfkraftwerk“, Karlsruhe-Daxlanden, mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gem. § 3 Abs. 2 BauGB fortzusetzen.
 - b) Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 16. April 2007 in der Fassung vom 8. Juni 2007 zugrunde zu legen.

Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplan aufnehmen und zu diesem Zweck ggf. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs übernehmen.

2. Der Gemeinderat nimmt zu dem Antrag auf Änderungsgenehmigung nach § 16 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) der EnBW Kraftwerke AG nach Maßgabe der ergänzenden Erläuterung in der Vorlage Nr. 1053 Stellung.

Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Regierungspräsidium Karlsruhe eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Verteiler

Ratsinformationssystem
Zentraler Juristischer Dienst
Stadtplanungsamt
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -
17. August 2007